

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Zeitschrift erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Göttemp, für den Verleger: Rudolf Kochanski. Dr. Franzosenstr. 11, Merseburg. Die Druckkosten werden von den Abonnenten getragen. Der Preis beträgt 10 Pf. pro Quartal. Der Einzelheft 3 Pf. — Druck und Verlag: der Volksstimme, Dr. Franzosenstr. 11, Merseburg. — Fernsprechnr. 5437. — Postamt: Merseburg. — Fernsprechnr. 5437. — Fernsprechnr. 5437. — Fernsprechnr. 5437.

Nr. 72.

Salz, Montag, den 31. März 1919.

3. Jahrgang.

Die Volksbeglucker.

Von allen Parteien, die heute um die Gestaltung der deutschen Zukunft ringen, hebt sich die U. S. P. durch den besondern Eifer ab, mit dem sie ihrer beschiedenen Meinung nach „Geschichte“ macht. Sie beherrscht alle Regier der Demagogie, mit Erfolg bei allen denen, die sie so gern als Willkür bezeichnen, solange sie nicht mit ihr laufen. Sie rechnet auf die Hilfe des Volkes, sie ist die Zugführerin verwegener Situationen, und nichts ist doch leichter, als die innere Hohlheit, die Lügen und Widersprüche dieses Parteigebildes aufzuweisen, nachzuweisen, daß die Unabhängigen wohl Sinn und Instinkt für

politische Konjunkturen.

aber weder den Ernst, die Tatkraft, noch den Willen und die Konsequenz besitzen, um in so bitteren Tagen die Geschichte eines Volkes zu leiten.

Vor dem Kriege bildeten die Leute, die heute das Gros der Unabhängigen ausmachen, das orthodoxe Element der Partei, das vernünftig mit den Vätern zu Pörsen erklärter Gedanken spielte und im übrigen die Welt für einen großen Zahlenabstand hielt. Aber Vertiefung und geistigen Weiterentwicklung der Partei legten sie den hochstehenden Widerstand ihrer Grundsatztreuen Vorkämpfer entgegen, für die es dank dem Reichismus in der Weimarer Republik keine Probleme gibt. Ihren ersten Schiffbruch erlebten sie beim Ausbruch des Krieges.

Sie stimmten alleamt für die Krebse,

nicht aus Prinzip, wie die Männer, die dieses Prinzip durch die Not des Krieges und des Aufsturus aus eigenem Lager hochgehalten haben, sondern aus Angst und weil die Konjunktur es damals verlangte. In dem Maße, wie die Unabhängigkeit offenbar wurde, den Krieg zu raschem, gutem Ende zu führen, wuchs der Mut der Unabhängigen, sich wieder gegenwärtigen Grundsätze zu befeuern. Allerdings äußerst bedingt, so wollte Herr Ledebour erst die Äpfel an die Bäume kommen lassen, um sie dann zu schlagen. Jedemfalls erkannten sie wieder die Konjunktur, die ihnen die machende Kriegsmöglichkeit bot und doch in der schönen Zeiten, wo man noch protestieren konnte, ohne verantwortlich zu brauchen. Als ihnen der Versuch mißlang, mit Hilfe des Weimarer Prinzips einen Kurswechsel der Partei durchzuführen, sprangten sie die Partei und ergriffen ihren Vorkämpfer, der die fremde Kraft des Proletariats im Kampf für den Sozialismus verführte, unser geliebtes geistiges Leben vergiftete, den deutschen Sozialismus dem Spott und Hohn des Auslandes auslieferte. Die Unabhängigen durchkreuzten selbst die offensichtlich auch in ihrem Sinne notwendigen Aktionen, das trieb sie unglücklich in eine Falschgang mit den Konfessionen. Dabei waren sie, wie alle willkürlichen Kleinbürger, im entscheidenden Augenblick harnlos: nachher, wenn die Sache schief ging, wollten sie es niemals gewesen sein!

Die volle Gefährlichkeit und Erbarmlichkeit dieser Partei

offenbar aber sich erst in der Revolution. Diese Revolution haben wir natürlich nicht der Hebergegend der Eutante, nicht dem wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruch, nicht der Korruption des alten Regimes zu verdanken, nicht aus den Kriegerbarren, die sich einen U. S. P. zum Gouverneur wählten, und nicht den Raumbürger Jägern, die sich als erste auf der Vorwärtsrevolution dem Volke zur Verfügung stellten — nein, es waren die Unabhängigen, wie sie überhaupt die Macher alles dessen sind, was sich später als Erfolg herausstellt.

Diese Revolution — soll sie das bringen, was sie will: die glückliche Zukunft des Volkes — steht und fällt mit der einen Bedingung:

der sozialistischen Einigkeit!

Der 9. November hätte sie bringen können. Die alten Gründe der Gegnerschaft, die Vermählung der Krebse usw., fielen fort. Es gab eine Grundlage: das alte Ziel der Sozialdemokratie, die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse, die Erreichung des Sozialismus auf dem Wege der Demokratie.

Die Politik der Unabhängigen in den letzten vier Monaten ist eine schätzbare Komödie. In den Ministerien haben sie sich — abgesehen von schweigsamen Säulen eines Bogen, Sanitäts oder Verordnungs-

die sich im Rahmen dieser Partei unglücklich genug ausnehmen — darauf beschränkt, die Arbeit ihrer sozialdemokratischen Kollegen zu lähmen und zu durchkreuzen. Jahrzehntlang auf bloße Opposition eingestellt, sagten ihnen wohl der Sessel, aber nicht die Arbeit zu; sie schieden aus und wurden wieder grundlos. Etwa so, wie Richard Müller, der mit seiner Reize den Weg zur Nationalversammlung sperren wollte und drei Wochen später die Spartakisten zur Beteiligung an den Wahlen zu animieren versuchte. Aber umgekehrt Haase, der sich im Zirkus Bulsch für die Demokratie und auf dem Parteitag für das Rätesystem erklärte.

Die Beispiele könnte man zu hunderten mehrben. Man kann sich im Kampf gegen die Unabhängigen schon damit begnügen, sie gegeneinander auszuspielen. Hören wir, was der ehemalige Reichsminister Heinrich Ströbel z. B. von seiner Partei schreibt (Nr. 12 der Weltbühne):

Der Parteitag der U. S. P. D. bewies, daß die übertriebene Weisheit in dieser Partei dem Sozialismus bereits Schaden zugefügt hat. Auch hat man sich in der angenommenen Resolution nicht mit Haut und Haar dem Kommunismus verschrieben, noch hat man dem demokratischen Parlamentarismus einen einzigen Konflikt gemacht. Aber das ist nur platonische Vorbehalte, die man ohne besondere Scheu preisgeben wird, wenn die Welle des Sozialismus erst allmählich flutet. Unsere Politik hat nun einmal keine Konsequenzen und keine Prinzipien. Sie lieben die Anpassung, mögen sie nun Bismarck oder Reichmann, Scheidemann oder Haase heißen. Und nicht aus Scham zu werden, als Mobilen sie sich jeder Situation. Selbstman schwebte hierher ganz gegen seinen ursprünglichen Willen, in den totalitären Bolschewismus. Haase bekennt sich, um wenigstens etwas von der Demokratie zu retten, dem populären Rätesystem an und merkt nicht, daß er dadurch gerade die Katastrophe der Demokratie beschleunigt.

Das sind sie, die die Grundzüge hochhalten

und andere des Verrats bezichtigen. Man könnte lachen darüber, wären die Wirkungen dieser Politik nicht von so schlimmen Folgen. Die Unabhängigen wissen, welche fürchterliche Zukunft mit dem Sozialismus heraufzieht, sie wissen auch, welche ungeheure Last auf den Schultern ihrer heute dem Volke verantwortlichen Parteigenossen lastet — sie scheuen sich den Teufel darum, wenn nur die Mühle ihrer Partei klappert. Darum hegen sie sinnlos gegen rechts, weil die von seiner Regierung wegzuherrschende Kraft die Massen nach links drängen könnte und weil sie dann für den Fall eines sozialistischen Sieges ihre augenwinkende Verwerfung machen können. Spartakisten sind sie nicht, weil es auch anders kommen kann, weil Mut dazu gehört und weil, wenn es hart auf hart geht, man immer rechtzeitig den Unschuldigen spielen kann.

Gaboture der Arbeit der einen, Verzicht auf der Affäre der anderen,

für die sie intellektuell verantwortlich sind — das sind die Unabhängigen, das ist ihre militärische Politik des „Ammer feite druff!“ und „Das habe ich nicht gemollt!“ Der Proletariat aber zahlt die Seuche mit Blut und Leben. Ist das Schicksal vorbestimmt, dann kommen sie mit der weißen Fahne, Beitrittserklärungen und Abonnementsquittungen für die Freiheit.

In dieser Hinsicht wissen sie, was sie wollen und darin werden sie sich auch treu bleiben. So schwimmen sie immer oben, so glauben sie die Stürme der Geschichte überdauern und auf jeden Fall die Früchte der Erfolge mit genießen zu können, für die andere ihr Leben einsetzten.

Solche Autokratie.

In einer Sitzung des Weimarer großen A. und E. Rates wurden Beschlüsse gefaßt, nach denen die Gewalt aus den Händen des A. und E. Rates in die von fünf Gewalthabern mit Hilfe der Polizei in acht geleitet wird. Es wird ein Präsidium gewählt werden, das nicht einmal aus Mitgliedern des A. und E. Rates zu bestehen braucht, dem volle Vollmachten für selbständige Entscheidungen und Anordnungen gegeben werden. Der Unabhängige Seeger legte seinen ganzen Einfluß gegen die Vorlage ein, es sei das nicht anders als die solche Autokratie, und die Wahl von A. und E. Rat sei nur ein wichtiges Reagenzglas zur Verhüllung der absoluten Diktatur. So etwas schlage jeder demokratische Auffassung direkt ins Gesicht und möge sie den schrecklichen Folgen überlassen.

der Arbeiterkraft führen. Dr. Gerner erklärte, die neue Organisation müsse sofort durchgeführt werden, da man in wenigen Wochen schon vor großen, schweren Kämpfen stehe, die wahrscheinlich nicht nur wirtschaftlich geführt werden würden. Der A. und E. Rat nahm darauf die Vorlage an. Dem fünfgliedrigen Präsidium wird außerdem ein dreigliedriger Hauptauschuss beigeordnet, der die Anordnungen und Beschlüsse des Präsidiums in Kampfsitzungen sofort durchführen wird. Es besteht kein Zweifel, daß sich das Präsidium unter Führung Dr. Geners aus den Reihen zusammenziehen wird, die schon beim ersten Streik die Bewegung in Leipzig ins radikale, spartakistische Radwasser zu bringen bemüht waren.

Links, links, links!

Die Dachbedeckung bringt unter der Überschrift: Links, links, links! einen Aufruf, der in der Tat das ausspricht, was in weiten Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter — und auch darüber hinaus! — über die „neuen“ Regierungsmethoden in Deutschland gedacht wird. Wir zitieren:

In diesen Tagen möchte man oft von zu Danke fortlaufen, um den Herrschaften in Weimar und Berlin einzugehen. Zum Danker nochmal! Im Lande ist alles in Aufruhr, überall schlagen die brandenden Wogen gegen das Alter und reihen die Dämme ein — in Weimar aber streiten sich Unabhängige und Mehrheitssozialisten über verlorene Dinge. Die Radikalen helfen die Arbeit ein, Verleugern und Güterglauben kopieren, die Mittelständler hüten den Atem an — in Weimar streiten sich derweilen Rechts- und Linkssozialisten über das, was im Januar geschehen ist.

Ja, soll denn das alte Gedächtnis so weitergehen? Haben wir deshalb die Revolution gemacht, um im alten Schlandrian fortzuwurzeln? Nein und tausendmal nein! ... Ist denn nicht ein einziger geistig leberragender da, der imstande wäre, die Nationalversammlung nach links zu führen? ... Soll es denn so weitergehen, das alles immer zwei Wochen zu spät geschieht, daß die Mehrheit und die Regierung sich immer erst abringen lassen, was sie acht Tage früher mit viel größerem Erfolge hätten freiwillig tun sollen? Muß denn das Volk immer das Gefährliche haben: nun kommen die Maßnahmen zu spät!

Was geht uns Weimar? Daß die politische Demokratie allein nicht ausreicht. Wir fühlen es: der soziale Inhalt des Lebens kann nicht so ungeachtet werden; der Umweg über die politische Demokratie ist zu groß. Die Form der Gesetzgebung hat sich zwar geändert, aber die Verwaltung ist die gleiche geblieben, ebenso der rückständige Geist der Bureaucratie. Die Herrschaft des Geheimrates ist sogar größer geworden; man merkt nirgends etwas von hohen, freilebigen Ideen. Es dauert alles zu lange. Das Volk liegt im Arter, die Welt freist in Schmerzen und windet sich in Arämen, jeder lübt und steht in der Verneinung nach einem Ausweg. Inzwischen schimpfen sich in Weimar Abhängige und Unabhängige, ihren Teufel nochmal, ist das Revolution? Ist das der neue Geist? Ist das die Hoffnung des Proletariats? Wir danken dafür, wir pfeifen auf die ganze schwabende Gesellschaft!

Es ist für die Beurteilung der heutigen politischen Lage charakteristisch, daß das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands diesen Artikel der Dachbedeckung in beiderer Schrift zum Abdruck bringt.

Neue Verhandlungen über Danzig.

Berlin, 30. März. Auf die Antwortnote der deutschen Regierung betreffend die Forderung polnischer Truppen in Danzig hat Marshall Joch einen Bescheid überreichen lassen, wonach er persönlich am 3. April in Spa alle Auskünfte und alle verlangten Garantien demjenigen deutschen Bevollmächtigten geben will, der mit den nötigen Vollmachten versehen ist, um in 48 Stunden entscheiden zu können. Daraufhin hat die deutsche Regierung beschlossen, den Reichsminister Ergberger als Bevollmächtigten nach Spa zu senden.

Im Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 hat sich Deutschland verpflichtet, den Truppen der Entente: den Zugang über Danzig und die Befehl nach den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches zu gewähren. An die Polen dachte bei dem Abschlusse dieses Vertrages noch kein Mensch, die deutsche Besatzung in Polen bestand sich damals erst in Auflösung und ein neues Polen, das als Bundesgenosse der Entente zu betrachten gewesen wäre, war kaum zu erblicken. Jetzt erklärt die Entente: Deutschland hat den Versäumnis freien Durchgang durch Danzig angeht. Polen ist jetzt unter Verbänden, also durch Deutschland den Polen freien Durchgang durch Danzig gewährt.

DFG

gment/page=0003

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190331-16/fragment/page=0005

